

Habilitationen

Dr. Knut Petzold hat sich am 23. Januar 2019 an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Die empirische Analyse der Situation – Soziologische Beiträge zu Arbeit, Bildung und Migration auf Grundlage faktorieller Surveys«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Dr. Jens Maeße hat sich am 12. Juni 2019 an der Justus-Liebig-Universität Gießen habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Ökonomische Expertendiskurse. Ein poststruktural-diskursanalytisches Forschungsdesign für die Analyse globalisierter Legitimationsordnungen«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Umstrittene Expertise. Konflikte um den Status von Expertenwissen in der Politik

Frühjahrstagung der Sektion Politische Soziologie am 7. und 8. Mai 2020 in Erlangen

In vielen Gegenwartsdiagnosen wird immer wieder auf die zentrale Bedeutung von wissenschaftlichem Wissen und wissenschaftlich fundierten Expertisen in modernen Gesellschaften hingewiesen. Dies gilt nicht nur für die Zunahme von Expertendeutungen und Expertensystemen in der Alltagswelt, sondern in ganz besonderer Weise auch für die Bedeutung von Expertenwissen in Politik und Öffentlichkeit. In den letzten Jahren gibt es jedoch verstärkt Konflikte und Kontroversen um die Rolle von Expert*innen und um die Geltung von Expertisen in politischen Entscheidungsprozessen. Dies äußert sich zum einen in einer Zunahme von expertenbasierten Deutungskämpfen im Wechselspiel von Expertise und Gegenexpertise. Auf jede Expertise folgt in der Regel eine Gegenexpertise, die die Befunde und Schlussfolgerungen der ursprünglichen Expertise grundlegend in Abrede stellen oder zumindest Zweifel daran wecken. Diese Konflikte rücken somit Fragen nach der Unabhängigkeit und nach der Geltung von Expertisen in den Mittelpunkt. Hierbei wird auch deutlich, dass wissenschaftliche Expertisen häufig keine eindeutigen Ergebnisse hervorbringen, sondern die Kontingenz politischer Entscheidungsfindung zusätzlich erhöhen können.

Seit einigen Jahren ist zudem ein Akzeptanzverlust wissenschaftlicher Expertise festzustellen, der in manchen Kreisen bis zu einer grundsätzlichen Skepsis und ablehnenden Haltung gegenüber offiziellen Expertendeutungen reicht. Darüber hinaus ist in aktuellen öffentlichen Auseinandersetzungen eine Zunahme von dezidiert anti-intellektualistischen und anti-wissenschaftlichen Ressentiments zu beobachten. Selbst valide und anerkannte wissenschaftliche Erkenntnisse werden immer häufiger grundsätzlich abgelehnt,

stattdessen wird alternativen Deutungsangeboten und »Gegenexpertisen« vertraut, die in alternativen Milieus und nicht zuletzt auch in digital vermittelten Gegenöffentlichkeiten kursieren. Diametral entgegengesetzt dazu gibt es heute jedoch auch vermehrt Stimmen, die eine unzureichende Berücksichtigung wissenschaftlicher Expertise bemängeln. Hier wird gerade nicht die Geltung wissenschaftlichen Wissens oder das Expertentum pauschal in Frage gestellt. Vielmehr wird auf systematische Verzerrungen in der Rezeption von Expertisen und in der Übersetzung von Expertenwissen in politische Entscheidungen hingewiesen und auf politische Konstellationen, die eine Berücksichtigung von vermeintlich »gesicherten« und »eindeutigen« wissenschaftlichen Erkenntnissen verhindern.

Kurzum: Der Status von Expertise und die Rolle von Expert*innen ist in der aktuellen politischen Gemengelage äußerst umstritten. Für die Politische Soziologie stellt sich hier eine Reihe von Fragen, die im Rahmen der geplanten Sektionstagung intensiver diskutiert werden sollen: Es stellt sich erstens ganz grundsätzlich die Frage nach dem Status von Expertenwissen in der Gegenwartsgesellschaft. Jahrelang ging man in der Soziologie von einer besonderen »epistemischen Autorität« (Pierson) wissenschaftlicher und professioneller Expertise in politischen Aushandlungsprozessen aus. Dieser besondere Vorrang und diese besondere Autorität wird von neuen Gegenöffentlichkeiten und Gegenbewegungen derzeit jedoch vehement in Frage gestellt. Erleben wir aktuell also eine Legitimitätskrise des Expertenwissens und einen fundamentalen Akzeptanzverlust des Expertentums? Oder ist die Entwicklung lediglich als eine stärkere »Politisierung der Wissenschaft« (Weingart) zu verstehen, die letztlich die etablierten Modi der »Verwissenschaftlichung der Politik« nicht in Frage stellen, sondern vielmehr stärken?

Es stellt sich folglich zweitens die Frage nach einem neuen Verständnis etablierter Formen politischer Aushandlung und nach einer grundlegenden Veränderung der Logik von Politik: Ist die wachsende Skepsis gegenüber der Autorität des Expertentums Ausdruck eines grundsätzlichen Wandels von Politik? Werden politische Entscheidungsprozesse heute möglicherweise wieder stärker »politisiert«, weil die fehlende Einheitlichkeit der Expertisen das Vertrauen in die Wissenschaft als Instanz zur Schlichtung kontroverser Fragen schwächt? Oder kommt in der wachsenden Skepsis gegenüber Expertise eine grundlegendere Skepsis gegenüber Politik und etablierten politischen Entscheidungsverfahren zum Ausdruck, die jegliche Form von Verfahren grundsätzlich ablehnt?

So stellt sich drittens auch die Frage nach den Potenzialen, aber auch nach den Gefahren für die Aufrechterhaltung demokratischer Legitimität. Die wachsende Skepsis gegenüber der Geltung von Expertenwissen kann demokratietheoretisch einerseits als legitimes Aufbegehren politisch-marginalisierter Gruppen oder sozialer Bewegungen verstanden werden, die mittels ihrer eigenen Gegenexpertise bestehende Wissensordnungen und Legitimationsmuster in Frage stellen und damit Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen möchten. In der Ablehnung jeglicher Form von Fakten und Evidenzen bei der Lösung politischer Fragen kommt andererseits jedoch auch ein Politikverständnis zum Ausdruck, das mit den etablierten Verfahren politischer Konfliktlösung nur schwer vereinbar ist. Beobachten wir derzeit also einen fundamentalen Wandel demokratischer Legitimität, oder gar eine Hinwendung zu betont anti-politischen Formen der Entscheidungsfindung?

Auf der Sektionstagung sollen insbesondere die Umkämpftheit und die Kontingenz von Expertise und Expertenwissen im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen und die Frage, wie sich diese Konflikte analysieren und soziologisch beschreiben lassen. Folgende Fragen und Themen könnten dabei im Einzelnen intensiver diskutiert und adressiert werden:

- Welche Merkmale und Eigenheiten kennzeichnen Expertisen und Gegenexpertisen? Welche unterschiedlichen Modi von Wissen lassen sich hierbei unterscheiden und welche politische Praxis leitet sich aus unterschiedlichen Wissensformen ab?
- Wie lässt sich die Dynamik von Expertise und Gegenexpertise in aktuellen politischen Auseinandersetzungen erfassen und analysieren?
- Wie werden (Gegen-)Expertisen gebildet und welche wechselseitig konstitutiven Dynamiken zwischen Expertisen und Gegenexpertisen bestehen? Lassen sich typische Verlaufsmuster in Diskursen zwischen Expertise und Gegenexpertise identifizieren?
- Wie ist das Verhältnis von Expertenwissen und Politik? Wie wird Expertenwissen in Politik übersetzt? Wo gibt es Grenzen der Übersetzung?
- Inwieweit verändert die Digitalisierung den Status von Expertenwissen und Expertenrollen und wie beeinflusst die Digitalisierung das Aufkommen und die Verbreitung von Gegenexpertisen?
- Wer sind die relevanten Akteure für die Produktion von (Gegen-)Expertisen? Welche Rollen spielen sie in der demokratischen Willensbildung und für Entscheidungen?

- Welche Wirkungen für politische Entscheidungen, aber auch für die gesellschaftliche Wahrnehmung von Expertisen, ergeben sich aus Konflikten zwischen Expertisen und Gegenexpertisen?

Wir erbitten sowohl konzeptionelle als auch empirische Beitragsvorschläge zu einem oder mehreren der vorgenannten Themen und Fragenkomplexe im Umfang von max. 400 Wörtern bis zum **15. Februar 2020**. Die Entscheidung über die Annahme teilen wir Ihnen bis zum 1. März 2020 mit. Anschließend werden Kurzpapiere zu den Vorträgen (ca. 5 Seiten) bis zum 30. April 2020 erbeten. Diese werden den Teilnehmer*innen der Tagung vorab zugeschickt. Es ist geplant, die Beiträge im Anschluss an die Tagung in einem Sonderheft einer Fachzeitschrift oder einem Sammelband zu publizieren. Bitte schicken Sie Ihre Beitragsvorschläge an die Organisatoren der Tagung:

Sebastian Büttner (Duisburg-Essen und Erlangen)

E-Mail: sebastian.buettner@fau.de und

Thomas Laux (Bamberg)

E-Mail: thomas.laux@uni-bamberg.de

Tagungen

Soziale Bewegungen im digitalen Zeitalter

Jahrestagung des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung am 15. und 16. November 2019 am Weizenbaum Institut für die vernetzte Gesellschaft

Protest und Gegenprotest, Herrschaft und Widerstand lassen sich heute nur im Kontext der digitalisierten Gesellschaft, ihrer speziellen Möglichkeiten, Dynamiken und Gefahren denken.

Digitale Kommunikation bestimmt unseren Alltag und die Formen, in denen wir uns (politisch) informieren, streiten und ausdrücken. Hashtags, Instagram-Stories und YouTube Videos werden heute nicht nur zur Selbstdarstellung eingesetzt, sondern sind auch zentral für kollektives Handeln und politisches Engagement. Proteste werden über digitale Dokumentation – Bilder, Tweets, Streams – zumindest potenziell global sichtbar. Und zunehmend etablieren sich digitale Bewegungsunternehmer*innen, die finanzielle und politische Interessen vereinen und Startvorteile im Wettbewerb um die Aufmerksamkeit im Netz versprechen.

Digitale Interaktionen verändern soziale Beziehungen und damit auch Form und Funktionieren sozialer Bewegungen und Proteste. Um Mobilisierungen zu initiieren, reicht im digitalen Kontext oft ein geringerer Grad an Organisiertheit; um an ihnen teilzunehmen, gar manchmal nur ein Klick. Bewegungen wiederum werden durch ihre digitale Arbeit erst sicht- und ansprechbar – als Massenbewegung bedürfen sie der digitalen Koordination. Dies kann Machtverhältnisse auf den Kopf stellen: So bieten sich Bewegungen wie auch marginalisierten Gruppen neue Chancen für die Artikulation ihrer Ideen und Interessen. Und doch stellt sich die Frage, welche Anliegen und Organisationsweisen vom Digitalen besonders profitieren und auch, was im Kampf um Aufmerksamkeit unterliegt.

Auch andere Kehrseiten digitaler Organisation nehmen wir in jüngerer Zeit verstärkt wahr: Digitale Hasskulturen machen auf sich aufmerksam. Sie nutzen kommerzielle Plattformen, um Ideologien der Abwertung neu zu verkleiden, und bauen sich eigene Foren auf, in denen sie politische Kampagnen und Angriffe auf politische Gegner*innen koordinieren. Überwachung nimmt zu und lässt sich immer stärker automatisieren. Somit birgt die digitale Konstellation neben Gefahren wie Vereinzeln, Repression, Stigmatisierung, Verleumdung und Zensur auch eine Gelegenheitsstruktur für rechte Akteur*innen – und für den Widerstand aus der Zivilgesellschaft. In jedem Fall schaffen soziale Netzwerke nicht mehr wegzudenkende transregionale Öffentlichkeiten, die die Politik und ihre kulturellen Grundlagen mitbestimmen.

Die diesjährige Jahrestagung des IPB widmet sich den Herausforderungen und Chancen für Proteste und Bewegungen im digitalen Zeitalter. Gemeinsam fragen wir: Wie müssen wir Protest im digitalen Kontext verstehen? Wodurch unterscheiden und wie ergänzen sich Organisation und Mobilisierung online und offline? Trägt die Struktur digitaler Plattformen dazu bei, dass besonders reaktionäre Bewegungen profitieren? Wie können digitale Räume emanzipatorische Politikansätze stärken? Welche methodischen und empirischen Herausforderungen sind mit der Erforschung von Bewegungen und Protest im Netz verbunden?

Die Tagung wird sich unter anderem mit folgenden Themen befassen:

- Online-Offline Interaktionen: Mechanismen und Prozesse
- Mobilisierung über Plattformen (Messenger, Imageboards, Videoplattformen, Deep Web)
- Bewegungsunternehmer*innentum im Netz
- Visuelle Strategien (Memes, GIFs, Videos)
- Internetbewegungen und »digitale (Bewegungs-)Parteien«
- Online-Subkulturen und ihre Beeinflussung des politischen Mainstreams
- Digitale Repression und Überwachung durch staatliche Akteur*innen
- Raumproduktion und Raumverständnisse im digitalen Kontext
- Hassrede, Filterblasen, Echokammer, Algorithmen und deren anti-demokratische Gefahren
- Zivilgesellschaft 2.0: Digitales Streetwork, Solidarität und Gegenhegemonie
- Praktiken, die das Digitale explizit ablehnen, und ihre Herausforderungen
- Methodische Herausforderungen, forschungsethische Fragen und Forschungszugänge

-
- Transnationale Gemeinschaftsbildung über digitale Plattformen (Bewegungen und Diaspora-Aktivismus)
 - Gezielte Manipulation von politischen Diskursen und Meinungen
 - Neue Organisationsformen, digitale Repertoires und Kampagnen
 - Theoretische Beiträge zu Protest, Digitalisierung und Überwachungs-kapitalismus

Die Jahrestagung wird organisiert in Kooperation mit dem Weizenbaum Institut für die vernetzte Gesellschaft, dem Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena. Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Kontakt:

konferenz2019@protestinstitut.eu